

Regierungsratsbeschluss

vom 16. März 2010

Nr. 2010/482

Vernehmlassung zur Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und Änderung des Umweltschutzgesetzes

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU), Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 16. Dezember 2009 gelangte das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und zur Änderung des Umweltschutzgesetzes. Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Departement des Innern, das Amt für Raumplanung, das Amt für Umwelt und der kantonale Informations- und Datenschutzbeauftragte zu den Unterlagen des Bundes geäußert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und zur Änderung des Umweltschutzgesetzes beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 16. März 2010

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (Wü, HPB, Bre, cha, cxs, mh) (6)
Volkswirtschaftsdepartement
Departement des Innern
Amt für Raumplanung
Staatskanzlei, Informations- und Datenschutzbeauftragter (D. Schmid)

2

Ratsleitung (8)

Medien (Jae)